



Aktuelle Informationen März 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend darf ich Ihnen in diesen bewegten Zeiten meinen Newsletter zukommen lassen. Die Flüchtlings- und Asyldebatte bestimmt das politische Geschehen.

Aber mir sind zwei Aspekte in diesem Zusammenhang besonders wichtig: Die enormen Aufwendungen dürfen nicht zu Lasten der Bevölkerung gehen, die die Hilfe unseres Gemeinwesens benötigen.

Und Politik muss sich vor allen Dingen auch weiterhin mit ganzem Einsatz um die Belange kümmern, die uns darüber hinaus bewegen. In diesem Sinne finden Sie auch einige Berichte zu Aktivitäten in den vergangenen Monaten. Ich freue mich natürlich auch über entsprechende Anregungen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Joachim Unterländer

München, im März 2016

Inhalt:

- Staatsministerin Ilse Aigner beim Moosacher Fischessen
S. 2
- SPD soll bei der Kinderbetreuung nicht länger Familien gegeneinander ausspielen
S. 2
- Sicherung der Arbeit des Clean Projekts Neuhäusen
S. 2
- Neujahrsempfang der CSU in Moosach
S. 3
- Besuch des Münchner Start-Up-Unternehmens „Kuchentratsch“
S. 3
- Bewährte Strukturen im Ehrenamt weiter fördern
S. 4
- Bessere Gestaltungsmöglichkeiten von Leiharbeit
S. 4
- Politikerbesinnungstage im Kloster Maria Laach
S. 6
- Sanierungspläne Mittelschule Leipziger Straße
S. 6
- Studiengang Gebärdendolmetschen
S. 6
- SPD verzögert Einführung des Betreuungsgeldes
S. 7
- Nächste Termine der Bürgersprechstunde von MdL Joachim Unterländer
S. 8
- IMPRESSUM
S. 8



Staatsministerin Ilse Aigner beim Moosacher Fischessen

Anlässlich des Moosacher Fischessens der CSU mit Staatsministerin Ilse Aigner erklärte MdL Joachim Unterländer u.a. ...“Gerade in dieser schwierigen Zeit müssen wir das Allgemeinwohl und das Miteinander in der Gesellschaft mehr wertschätzen als sonst.“

MdL Joachim Unterländer, Staatsministerin Ilse Aigner, Stadtrat Dr. Alexander Dietrich (frisch gewählter Personalreferent.), MdL Mechthilde Wittmann (Foto: J. Schwepfing)

Kerstin Schreyer-Stäblein und Joachim Unterländer: SPD soll bei der Kinderbetreuung nicht länger Familien gegeneinander ausspielen – Unseriöse Argumentation mit Umfrage

Unredlichkeit in der Diskussion um Kinderbetreuung wirft Kerstin Schreyer-Stäblein, die Stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, der SPD vor. Die SPD-Landtagsfraktion hatte eine von ihr bezahlte Umfrage zum Anlass genommen, das bayerische Betreuungsgeld zu kritisieren. „Die besonders familienfreundliche Position der CSU und der Staatsregierung beim Betreuungsgeld steht nicht im geringsten Widerspruch zum Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Seit Jahren werden in der Regel alle beantragten Einrichtungen vom Freistaat bezuschusst. Das Betreuungsgeld ist eine zusätzliche Leistung und hat mit Kitas gar nichts zu tun“, so die CSU-Politikerin. Sie halte es für „grundfalsch, Familien aus ideologischen Gründen gegeneinander auszuspielen“. Wenn zwei Drittel der Menschen für sich entschieden hätten, ihr Kind in den ersten Jahren zu Hause zu betreuen, dann dürften diese Eltern nicht diffamiert werden.

„Wenn irgendwo die Einrichtung einer Kita verzögert wird, dann deshalb, weil momentan das fachlich ausgebildete Personal nicht in ausreichender Zahl zu finden ist“, erklärte Joachim Unterländer, der sozial- und familienpolitische Sprecher der CSU-Fraktion. Wenn die SPD die Bezahlung des Betreuungspersonals kritisiere, so sei sie damit beim Freistaat an der falschen Stelle. Tarifpartner seien in der Regel Kommunen und private Unternehmen. Im Übrigen scheitere keine Finanzierung an den von Eltern gewünschten längeren Öffnungszeiten.

„Die SPD führt mit der Umfrage die Öffentlichkeit hinters Licht. Die von der SPD gestellten Fragen sind allgemein zustimmungswürdige Allgemeinplätze. Wer würde denn bei der Frage, ob man „zuverlässigere Betreuung auch in den Ferien“ für wichtig hält, schon dagegen sein?“, fragte Schreyer-Stäblein. „Blanke Demagogie und Irreführung ist es aber, wenn die SPD behauptet, die Menschen hätten sich gegen das Betreuungsgeld und für mehr Kita-Förderung ausgesprochen. Nach dem Wort Betreuungsgeld wird in der zehneitigen Umfrage an keiner einzigen Stelle gefragt.“

Sicherung der Arbeit des Clean Projekts Neuhausen

Das Clean Projekt Neuhausen leistet für Jugendliche in schwierigeren sozialen Verhältnissen sowie mit Migrations- und Fluchthintergrund äußerst wertvolle Dienste. Hausaufgabenbetreu-

ung, Nachhilfe, Beratung und vor allen Dingen sportliche Aktivitäten sind dabei wertvolle Teile der Arbeit.

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gewährt dazu in diesem Jahr 20.000,00 Euro an Sachkosten und für das Jahr 2016 werden 25.000,00 Euro, die auch Personalkosten umfassen, zugesichert. MdL Joachim Unterländer dazu: „Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der so unverzichtbaren Arbeit des Clean Projekts Neuhausen. Die Nachfrage nach den Angeboten ist drastisch gestiegen.“

Dieses Ergebnis – und eine entsprechende weitere Unterstützung auf Stadt- und Bezirksausschussebene – haben MdL Joachim Unterländer, Stadtrat Max Straßer und der Vorsitzende der CSU Neuhausen-Nymphenburg, Leonhard Agerer, bei einem Pressegespräch vorgestellt.

MdL Joachim Unterländer beim Neujahrsempfang der CSU in Moosach am 21.01.2016:

„Die Flüchtlings- und Asylbewerberproblematik ist die größte Herausforderung für unser Gemeinwesen. Nur mit einer Begrenzung wird es auch gelingen, vernünftige und gerechte Integrationskonzepte erfolgreich zu verwirklichen. Darüber hinaus muss es unser Ziel sein, die Schere der Armut gerade bei der älteren Generation durch geeignete Maßnahmen abzubauen.“

Besuch des Münchner Start-Up-Unternehmens „Kuchentratsch“



Einen Einblick in die Backstube des Münchner Start-Up-Unternehmens „Kuchentratsch“ erhielten der Vorstand der CSA Oberbayern sowie der Landesvorsitzende MdL Joachim Unterländer.

Das Unternehmen, 2015 von zwei jungen Frauen gegründet, versucht den Spagat zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Engagement. So sind in der Backstube nicht etwa Konditoren, sondern Seniorinnen und Senioren am Werk. Diese haben durch „Kuchentratsch“ die Möglichkeit, unter Menschen zu kommen und zudem ein kleines Zubrot zur Rente zu verdienen.



MdL Joachim Unterländer fand große Zustimmung für das Unternehmen und wünschte dem Start-Up weiterhin viel Erfolg: „Gerade der Aspekt der Einbindung älterer Menschen ist für die CSA von entscheidender Bedeutung, wirkt sie doch der Altersarmut und einer Exklusion aus der Gesellschaft entgegen. Wir werden das Projekt mit den vorhandenen Möglichkeiten gerne unterstützen.“

MdL Joachim Unterländer: Bewährte Strukturen im Ehrenamt weiter fördern

In einer gemeinsamen Presseerklärung mit dem jugendpolitischen Sprecher der CSU-Landtagsfraktion setzt sich Unterländer dafür ein, dass nicht alle Regelungen durch den Gesetzgeber vorgeschrieben werden.

„Per Gesetz lässt sich Ehrenamt nicht verordnen. Wir sollten Ehrenamtliche vor Ort unterstützen und nicht einengen.“ Mit diesen Worten reagierte Dr. Gerhard Hopp, jugendpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und Berichterstatter im sozialpolitischen Ausschuss des Landtags zum beratenen Entwurf der SPD für ein sogenanntes Ehrenamtsgesetz.

„Das Ehrenamt lebt von der Freiwilligkeit, vom Engagement der Menschen, vom individuellen Einsatz und der Freiheit der Ausgestaltung“, so Hopp. Ehrenamt könne nie durch Geld oder Anreize aufgewogen werden. Ehrenamtliche würden aus Überzeugung, Freude an der Sache und als mündige Bürgerinnen und Bürger handeln. „Wer aus den ehrenamtlich Engagierten nach und nach Staatsangestellte machen möchte, der leistet unserer Gesellschaft einen Bärendienst. Die SPD bleibt letztlich ihrer Ideologie verhaftet, wonach der Staat zentral gesteuert den gesellschaftlichen Zusammenhalt besser organisieren könne, als die Menschen aus Eigenverantwortung selbst. Das lehnen wir ab“, so der CSU-Politiker weiter. Dass der Freistaat Bayern bereits jetzt an vielen Stellen das ehrenamtliche Engagement unterstütze, bekräftigte Joachim Unterländer, der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration im Bayerischen Landtag. Unterländer dazu: „Bayern hat eine flächendeckende Infrastruktur zur Förderung des Ehrenamtes aufgebaut, zum Beispiel mit den 60 Koordinationszentren Bürgerschaftliches Engagement. Wertschätzung und Anerkennung drücken wir auch durch den Ehrenamtsnachweis oder die Ehrenamtskarte aus. Wir sensibilisieren für den Wert des Ehrenamtes durch Ehrenamtskongresse und arbeiten an ständigen Verbesserungen durch den Runden Tisch Ehrenamt.“ Die in ganz Bayern hoch angesehene Tätigkeit des Ehrenamtsbotschafters der Bayerischen Staatsregierung soll nach dem Willen der CSU auch künftig ehrenamtlich ausgeführt werden. „Der leider zu früh verstorbene Markus Sackmann hat diese Aufgabe vorbildlich ausgeführt. Gerade durch seine ehrenamtliche Tätigkeit hat er allen Engagierten Mut gemacht und sicher Anerkennung erarbeitet. Ich sehe keinen Vorteil darin, einen hauptamtlichen Apparat daraus zu machen, wie von der SPD gewünscht“, sagte der Abgeordnete Hopp. Die Ehrenamtskarte, deren Vater ebenfalls Markus Sackmann gewesen sei, sei eine bayerische Erfolgsgeschichte. Über 100.000 Karten seien in aktuell 75 teilnehmenden Landkreisen und kreisfreien Städten ausgegeben worden. „Wenn die SPD die Ehrenamtskarte fördern will, wie sie vorgibt, dann soll sie doch endlich die Blockadehaltung des Münchners Oberbürgermeisters überwinden helfen“, sagte Hopp. Die beiden CSU-Politiker lobten das starke ehrenamtliche Engagement der bayerischen Bevölkerung als Ausdruck einer lebendigen und selbstbestimmten Gesellschaft. Fast vier Millionen Bürgerinnen und Bürger im Freistaat engagieren sich in ihrer Freizeit zum Beispiel für Sport, Kultur, Brauchtum, Jugendarbeit, Feuerwehren, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, Flüchtlingshilfe und im sonstigen sozialen Bereich.

MdL Joachim Unterländer als CSA-Landesvorsitzender bei gemeinsamer Pressekonferenz mit dem bayerischen IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Wechsler

Die Christlich-Soziale Arbeitnehmerschaft (CSA) und die IG Metall Bayern setzen sich gemeinsam dafür ein, gesetzliche Regelungen für bessere Gestaltungsmöglichkeiten von Leiharbeit und gegen den Missbrauch von Werkverträgen zu schaffen. CSA-Landesvorsitzender Joachim Unterländer (MdL) und IG Metall-Bezirksleiter Jürgen Wechsler betonten am 5. Februar in München, dass diesbezügliche Vereinbarungen des Koalitionsvertrages weiterhin uneingeschränkt gelten und konsequent im Sinne der Beschäftigten umgesetzt werden müssen.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und CSU sieht im Kapitel „Gute Arbeit“ unter anderem vor, rechtswidrige Vertragskonstruktionen bei Werkverträgen durch Informations- und Unterrichtsrechte des Betriebsrats zu verhindern und verdeckte Arbeitnehmerüberlassung zu sanktionieren. Leiharbeit soll auf ihre Kernfunktion zum Abfangen von Auslastungsspitzen konzentriert und unter anderem auf eine Höchstdauer von 18 Monaten festgelegt werden.

CSA und IG Metall Bayern stimmen überein, dass entsprechende gesetzliche Regelungen nach wie vor dringend erforderlich sind, um die Interessen der Beschäftigten angemessen zu berücksichtigen, wie Unterländer erklärt: „Leiharbeit hilft Unternehmen, flexibel auf Auftragsspitzen zu reagieren. Dauern Veränderungen der Auslastung aber über 18 Monate an, ist das eine dauerhafte Entwicklung und keine Sondersituation mehr. Dann liegt der Verdacht nahe, dass Leiharbeit zum Ersatz regulärer Arbeitsverhältnisse und zu Personalkostensenkung missbraucht wird - das muss der Gesetzgeber unterbinden.“ Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang die Angleichung des Entgelts von Leiharbeitnehmern an das der Stammbeschafteten nach maximal neun Monaten, ergänzt Wechsler: „Damit würde Lohndumping unterbunden und Leiharbeit als Kostenfaktor deutlich weniger attraktiv für Unternehmen.“

Wechsler betont die zusätzliche positive Wirkung entsprechender Regelungen für die Tarifbindung: „Der Gesetzentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales belohnt Arbeitgeber, die Tarifverträge anwenden. Das wäre gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Tarifbindung, ohne die es keine echte Tarifautonomie und Tarifeinheit geben kann. In dieselbe Richtung zielt auch unsere gemeinsame Forderung nach einer Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und der Beteiligung von Betriebsräten über den aktuellen Gesetzentwurf hinaus.“

Mit Blick auf zunehmend verbreitete rechts- und sittenwidrige Gestaltungen von Werkverträgen unterstreichen CSA und IG Metall Bayern die Dringlichkeit einer stärkeren Sanktionierung und ihre Erwartung an den Gesetzgeber, Missbrauch und Fehlentwicklungen mit entsprechenden gesetzlichen Regelungen wirksam zu verhindern. Unterländer weist auf die Tendenz in manchen Branchen hin, über Werkverträge Lohndumping einzuführen: „Immer mehr Unternehmen vergeben ganze Teile ihrer Wertschöpfungskette an externe Dienstleister, die betroffenen Beschäftigten zahlen die Rechnung über ihre niedrige Vergütung.“ Wechsler nennt Einzelheiten aus dem Bereich der IG Metall: „Wir haben beispielsweise in der Automobilindustrie Logistikunternehmen, die eng in den Produktionsprozess eingebunden sind, aber ihren Beschäftigten nur einen Bruchteil des Tarifniveaus bezahlen.“

Abschließend betonen Unterländer und Wechsler, dass sich an der Notwendigkeit eines derartigen Gesetzes seit Abschluss des Koalitionsvertrages im November 2013 nichts geändert hat: „Wir erwarten von allen Beteiligten, dass unsere Überlegungen bei der weiteren Diskussion berücksichtigt werden.“

Ebenso haben sich Wechsler und Unterländer in einem gemeinsamen Schreiben an die verantwortlichen Politiker für die Umsetzung einer gesetzlichen Regelung eingesetzt.

MdL Joachim Unterländer bei den Politikerbesinnungstagen im Benediktinerkloster Maria Laach

Als große Bereicherung hat MdL Joachim Unterländer auch in diesem Jahr die traditionellen Politikerbesinnungstage im Benediktinerkloster Maria Laach empfunden. Die Exerzitien wurden diesmal vom neuen Erzbischof von Berlin, Dr. Heiner Koch, gestaltet.

MdL Joachim Unterländer: „Bei dem von Papst Franziskus ausgerufenen Jahr der Barmherzigkeit war das Leitmotiv des Lebens und Erfahrens der Barmherzigkeit eine wichtige und grundlegende Erfahrung.“

MdL Joachim Unterländer zur Umsetzung der Sanierungspläne für die Mittelschule an der Leipziger Straße:

Nach einem Besuch der Mittelschule an der Leipziger Straße im Rahmen einer Landtagsaktion habe ich mich von dem großen Sanierungsbedarf einer Schule, die hervorragende Arbeit leistet, überzeugt. In der Mittelschule an der Leipziger Straße in Moosach gibt es im Gebäude und vor allen Dingen in der Turnhalle einen starken Sanierungsbedarf. Ich habe mich deshalb an die Stadtspitze gewandt (Bericht siehe letzter Newsletter) und jetzt von der zuständigen 3. Bürgermeisterin u. a. dazu folgende Nachricht erhalten:

„Notwendige Arbeiten zur Reparatur und Sanierung werden schrittweise durchgeführt und nicht im Rahmen einer Generalinstandsetzung. Eine Sanierung bzw. ein Neubau der Sporthalle der Mittelschule kann nun untersucht werden. Ein möglicher Standort wäre die Fläche der Kindertagesstätte an der Leipziger Straße 1. Die Kindertagesstätte könnte dafür auf den Bereich der beiden Schulpavillons ziehen. Das Referat für Bildung und Sport leitet in Kürze eine Projektuntersuchung ein, die im Rahmen einer Gesamtbetrachtung das planerische Potential in diesem Areal prüfen soll. Darin fließen sowohl der pädagogische Bedarf als auch der Bauzustand ein. ...“

Ich hoffe, dass die notwendigen Maßnahmen jetzt auf einen guten Weg gebracht werden können.

MdL Joachim Unterländer bei der Auftaktveranstaltung der Hochschule Landshut zum Studiengang „Gebärdensprachdolmetschen“

Anlässlich der Einführung des Bachelorstudiengangs „Gebärdensprachdolmetschen“ an der Hochschule Landshut hat sich MdL Joachim Unterländer im Zusammenhang mit der Auftaktveranstaltung zufrieden mit der Einführung dieses „wichtigen Beitrags zur Gewinnung von Gebärdensprachdolmetschern“ im Flächenstaat Freistaat Bayern gezeigt.

Dazu MdL Joachim Unterländer: „Es ist außerordentlich positiv, dass sich die Hochschule dazu gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung bereit erklärt hat, eine entsprechende Konzeption zu entwickeln. Wir haben hierzu entsprechende Initiativen im Parlament und gegenüber der Finanzpolitik gestartet, damit dieser Studiengang ermöglicht werden konnte. Bereits über 20 Teilnehmer im Wintersemester 2015/2016 sind hier eingestiegen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur notwendigen Personalgewinnung. Nun ist ein weiterer Schritt auch, dass die Dolmetscherkosten bei entsprechenden Anlässen für die Gehörlosen übernommen werden können.“

Kerstin Schreyer-Stäblein und Joachim Unterländer: Familien müssen warten – SPD verzögert Einführung des Bayerischen Betreuungsgeldes

„Die SPD macht Verzögerungspolitik auf dem Rücken bayerischer Familien.“ Joachim Unterländer, Vorsitzender des Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration des Bayerischen Landtags, übt scharfe Kritik an der Verzögerung bei der Einführung des Bayerischen Betreuungsgeldes durch die SPD-Fraktion. Die SPD fordert eine Anhörung verschiedener Fachverbände im Sozialausschuss.

„Eine Anhörung der betroffenen Verbände hat bereits über das bayerische Kabinett stattgefunden“, erklärt Unterländer. „Viele Anregungen sind dabei in den Gesetzgebungsprozess eingeflossen. Eine weitere Anhörung ist unnötig und dient nur dem Zweck, eine schnelle Einführung des Betreuungsgeldgesetzes zu verhindern, zumal die SPD bereits selbst eine Veranstaltung zum Betreuungsgeld im Parlament durchgeführt hat.“ Die von der SPD geforderte Anhörung ist ein Minderheitenrecht und kann daher von den vier Sozialdemokraten im Ausschuss alleine durchgesetzt werden. „Mehr als 73 Prozent der anspruchsberechtigten Eltern in Bayern haben das Betreuungsgeld in Anspruch genommen, als es noch vom Bund gezahlt wurde“, verdeutlicht Kerstin Schreyer-Stäblein, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion. „Wir erwarten, dass es beim Bayerischen Betreuungsgeld 60.000 bis 70.000 Anträge gibt. Die Familien können sich bei der SPD bedanken, dass sie nun auf ihr Geld warten dürfen.“ Eigentlich sollte das Gesetz rasch in Zweiter Lesung im Landtag behandelt werden und zum 1. April in Kraft treten. Dieser Zeitplan wird durch die zusätzliche Anhörung nicht mehr zu halten sein. „Das Bayerische Betreuungsgeld wird rückwirkend zum 1. Januar 2015 beantragt werden können. Zunächst muss aber das Gesetz in Kraft treten. Und das wird jetzt durch das unsinnige Verhalten der SPD verzögert. Dank der SPD müssen also jetzt viele Familien länger auf ihr Geld warten“, so die CSU-Politikerin. „Das Betreuungsgeld wird bereits seit vier Jahren auf allen Ebenen diskutiert. Wer nun weitere Anhörungen fordert, hat offenbar jahrelang seine Hausaufgaben nicht richtig gemacht, oder verzögert gezielt.“ Das Bayerische Betreuungsgeld wird 150 Euro monatlich für höchstens 22 Lebensmonate betragen. Es kann grundsätzlich ab dem 15. Lebensmonat eines Kindes beansprucht werden. Zentrale Voraussetzung für den Anspruch auf Betreuungsgeld ist, dass die Familien keine nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz geförderte Kinderbetreuung in Anspruch nehmen.

Aktuelle Bürgersprechstunde

Joachim Unterländer, der CSU-Landtagsabgeordnete im Münchner Norden und Nordwesten, legt großen Wert auf den persönlichen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürger in seinem Wahlkreis. Während der Bürgersprechstunden nimmt er sich Zeit für alle Anliegen.

Die nächsten Bürgersprechstunden finden statt am:



Freitag, 11. März 2016 von 16:00 bis 17:00 Uhr

im CSU-Bürgerbüro München-Nord, Joseph-Seifried-Str. 8

(am Lerchenauer See, S-Bahn-Linie 1).

Eine telefonische Voranmeldung empfiehlt sich. Selbstverständlich können interessierte Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Organisationen ihre Anliegen auch per Telefon unter 089/1 50 70 49 oder per Email an unterlaender.buergerbuero@gmail.com einbringen.

IMPRESSUM:

Herausgeber/Verantwortlich:

Joachim Unterländer MdL

Joseph-Seifried-Str. 8

80995 München

unterlaender.buergerbuero@gmail.com

muenchen8@kv.csu.de

<http://www.csu-landtag.de/www/96.asp>